

Bisheriges Recht	Neues Recht
Polizeireglement (PolR) vom 28. August 2017 (Stand am 29. Oktober 2018)	Polizeireglement (PolR) Entwurf
§ 4 Kostenersatz ¹ Die Einsätze der Gemeindepolizei sind grundsätzlich unentgeltlich.	§ 4 Kostenersatz unverändert
² Der Gemeinderat kann Kostenersatz verlangen: <ul style="list-style-type: none"> a. von den Veranstaltenden von Anlässen, die einen Polizeieinsatz erforderlich machen; b. von den Verursachenden, insbesondere wenn der Polizeieinsatz vorsätzlich oder grobfahrlässig verursacht worden ist; c. für die Durchführung von Wohnungsabnahmen; d. für die Zustellung von Verfügungen und anderen Urkunden. 	² Der Gemeinderat kann Kostenersatz verlangen: <ul style="list-style-type: none"> a. von den Veranstaltenden von Anlässen, die einen Einsatz der Polizei oder eines Ordnungsdienstes erforderlich machen; b. von den Verursachenden, insbesondere wenn der Einsatz der Polizei oder eines Ordnungsdienstes vorsätzlich oder grobfahrlässig verursacht worden ist; c. für die Durchführung von Wohnungsabnahmen; d. für die Zustellung von Verfügungen und anderen Urkunden.
³ Die Höhe des Kostenersatzes wird in der Gebührenverordnung geregelt.	unverändert
§ 9 Wegweisung und Fernhaltung; Störung der Sicherheitsorgane ¹ Jede Störung der polizeilichen Tätigkeit ist verboten, insbesondere die Einmischung in die Dienstaussübung der Polizeiorgane.	§ 9 Wegweisung und Fernhaltung; Störung der Sicherheitsorgane unverändert
² Die Gemeindepolizei kann vorübergehend Personen von einem Ort wegweisen oder fernhalten, wenn sie Einsätze zur Wiederherstellung oder Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, insbesondere durch Polizeikräfte, Feuerwehr oder Rettungsdienste, behindern.	² Die Gemeindepolizei kann vorübergehend Personen von einem Ort wegweisen oder fernhalten, wenn sie Einsätze zur Wiederherstellung oder Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, insbesondere durch Polizeikräfte, Feuerwehr oder Rettungsdienste, behindern.
³ Feuerwehr, Zivilschutz, Sanität oder weitere eingesetzte Rettungskräfte können Personen vorübergehend von einem Ort wegweisen oder fernhalten, wenn diese den Einsatz behindern oder gefährden.	unverändert

<p>§ 16 Schusswaffenähnliche Instrumente und Schiesspulver</p> <p>¹ Die Verwendung von schusswaffenähnlichen Instrumenten wie Paintball, Armbrust oder Sportpfeilbogen ist nur auf für diese Zwecke besonders eingerichteten Anlagen gestattet.</p>	<p>§ 16 Schusswaffenähnliche Instrumente und Schiesspulver</p> <p>¹ Die Verwendung von schusswaffenähnlichen Instrumenten wie z.B. Paintball, Armbrust oder Sportpfeilbogen ist nur auf für diese Zwecke besonders eingerichteten Anlagen gestattet.</p>
<p>² Die Verwendung von Böllerschüssen oder Schiesspulver ist nur für die Feier historischer Anlässe oder ähnlicher Bräuche erlaubt und bedarf einer Bewilligung.</p>	<p>unverändert</p>
<p>§ 17 Abbrennen von Feuerwerk</p> <p>¹ Das Abbrennen von Knallkörpern und Feuerwerk ist verboten, ausgenommen anlässlich der Bundesfeier am 31. Juli und am 1. August sowie in der Silvesternacht.</p>	<p>§ 17 Abbrennen von Feuerwerk</p> <p>¹ Das Abbrennen von Knallkörpern und Feuerwerk ist verboten, ausgenommen am:</p> <p style="padding-left: 40px;">a. 31. Juli von 20.00 bis 01.00 Uhr;</p> <p style="padding-left: 40px;">b. 1. August von 17.00 bis 23.00 Uhr;</p> <p style="padding-left: 40px;">c. 31. Dezember von 20.00 bis 01.00 Uhr.</p>
<p>² Der Gemeinderat kann im Zusammenhang mit besonderen Anlässen Ausnahmen bewilligen.</p>	<p>² Der Gemeinderat kann im Zusammenhang mit besonderen Anlässen Ausnahmen bewilligen.</p>
<p>§ 20 Verunreinigungen und Beschädigungen</p> <p>¹ Es ist verboten, Kleinabfälle wie Flaschen, Dosen, Kaugummi, Verpackungen oder Essensreste ausserhalb der dafür bestimmten Abfallbehälter zu entsorgen.</p>	<p>§ 20 Verunreinigungen und Beschädigungen</p> <p>¹ Es ist verboten, Kleinabfälle wie Flaschen, Dosen, Kaugummi, Verpackungen oder Essensreste Abfälle aller Art (z.B. Dosen, Verpackungsmaterial usw.) liegen zu lassen oder ausserhalb der dafür bestimmten Abfallbehälter zu entsorgen.</p>
<p>² Ladenlokale und Imbissbetriebe, welche Esswaren und Getränke über die Strasse verkaufen, sind zur Sauberhaltung der nächsten Umgebung verpflichtet.</p>	<p>unverändert</p>
<p>³ Die Beschädigung öffentlichen Grundes oder öffentlicher Sachen ist verboten.</p>	<p>unverändert</p>

§ 23 Pflanzen und Zäune ¹ An öffentlichen Strassen dürfen überhängende Äste und Zweige bis auf eine Höhe von 4.5 m und bei öffentlichen Trottoirs bis auf eine Höhe von 2.5 m nicht über die Parzellengrenze hinausragen.	§ 23 Pflanzen und Zäune ¹ An öffentlichen Strassen dürfen überhängende Äste, und Zweige und Hecken bis auf eine Höhe von 4.5 m und bei öffentlichen Trottoirs bis auf eine Höhe von 2.5 m nicht über die Parzellengrenze hinausragen.
² Pflanzen dürfen die Verkehrssicherheit, insbesondere die Sicht auf Signale, öffentliche Beleuchtungen, Hausnummern und Hydranten nicht beeinträchtigen und die Schneeräumung nicht behindern.	unverändert
³ Das Anbringen von Einzäunungen, die Personen oder Tiere schädigen können, wie insbesondere Stacheldraht, ist auf dem ganzen Gemeindegebiet verboten. Vom Verbot ausgenommen sind Einzäunungen landwirtschaftlich genutzter Viehweiden.	unverändert
§ 24 Sammlungen und Betteln ¹ Geld- und Naturalgabensammlungen auf öffentlichem Grund sowie von Haus zu Haus bedürfen einer Bewilligung.	§ 24 Sammlungen und Betteln unverändert
² Sammelnde haben die Sammlungsbewilligung und, sofern vorhanden, einen Ausweis ihrer Organisation mitzuführen.	unverändert
³ Betteln auf öffentlichem Grund ist verboten.	³ Das Betteln im öffentlichen Raum oder an allgemein zugänglichen Orten ist verboten, wenn die öffentliche Ordnung gestört wird, namentlich wenn <ul style="list-style-type: none"> a. in aufdringlicher oder aggressiver Art und Weise gebettelt wird; b. innerhalb von fünf Metern um Ein- und Ausgänge von Bahnhöfen sowie innerhalb von fünf Metern um Haltestellen des öffentlichen Verkehrs gebettelt wird; c. innerhalb von fünf Metern um Geld-, Zahlungs- und Fahrkartenautomaten oder Parkuhren gebettelt wird; d. innerhalb von fünf Metern um Ein- und Ausgänge von Ladengeschäften, Banken, Poststellen, Restaurants,

	<p><i>Hotels, Wohn- und Bürogebäuden oder öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen gebettelt wird;</i></p> <p><i>e. in öffentlichen Parks, Gärten, Friedhöfen, Spielplätzen, Schulanlagen, Unterführungen sowie innerhalb von fünf Metern um deren Ein- und Ausgänge gebettelt wird;</i></p> <p><i>f. in (organisierten) Gruppen gebettelt wird;</i></p> <p><i>g. mit Kindern gebettelt wird.</i></p>
<p>§ 25 Gelegenheitswirtschaftspatente</p> <p>Bewilligungen für Gelegenheitswirtschaftspatente mit oder ohne Freinachtbewilligung erteilt die für die Sicherheit zuständige Abteilung.</p>	<p>§ 25 Bewilligungen für Gelegenheitswirtschaften</p> <p>Bewilligungen für Gelegenheitswirtschaftspatente Gelegenheitswirtschaften mit oder ohne Freinachtbewilligung erteilt die für die Sicherheit zuständige Abteilung.</p>
<p>§ 27 Ruhezeiten</p> <p>¹ Als Nachtruhe gilt von Sonntag bis Donnerstag die Zeit zwischen 22.00 bis 06.00 Uhr sowie am Freitag und Samstag die Zeit zwischen 23.00 bis 06.00 Uhr. Ausgenommen sind die vom Gemeinderat bestimmten Fasnachtstage, die Bundesfeier am 31. Juli, 1. August sowie Silvester.</p>	<p>§ 27 Ruhezeiten</p> <p>¹ Als Nachtruhe gilt von Sonntag bis Donnerstag die Zeit zwischen 22.00 bis 06.00 Uhr sowie am Freitag und Samstag die Zeit zwischen 23.00 bis 06.00 Uhr. Ausgenommen sind die vom Gemeinderat bestimmten Fasnachtstage, die Bundesfeier am 31. Juli, 1. August sowie Silvester.</p>
	<p><i>(neu 1b) Während den Monaten Juni, Juli und August gilt die Nachtruhe jeweils zwischen 23.00 bis 06.00 Uhr.</i></p>
<p>² An Sonn- und Feiertagen und während der Mittagsruhe von 12.00 Uhr bis 13.00 Uhr ist jede lärmerzeugende Tätigkeit verboten.</p>	<p>unverändert</p>
<p>³ Der Gemeinderat ist berechtigt, Ausnahmen zu bewilligen. In diesen Fällen sind die Bewilligungsauflagen massgebend.</p>	<p>unverändert</p>
<p>§ 30 Abfallentsorgung</p>	<p>§ 30 Abfallentsorgung</p>

<p>¹ Die Benutzung öffentlicher Wertstoff-Sammelstellen ist nur werktags während der dafür vorgesehenen Zeiten erlaubt.</p>	<p>unverändert</p>
<p>² In den Behältern dürfen nur zugelassene Wertstoffe deponiert werden. Es ist verboten, Abfälle ausserhalb der dafür vorgesehenen Sammelstellen zu deponieren.</p>	<p>unverändert</p>
<p>³ Der Gemeinderat ist berechtigt, vorschriftswidrig entsorgte Abfälle zur Ermittlung der Täterschaft untersuchen zu lassen.</p>	<p>³ Der Gemeinderat Die Gemeinde ist berechtigt, vorschriftswidrig entsorgte Abfälle zur Ermittlung der Täterschaft untersuchen zu lassen.</p>
<p>§ 34 Wegschaffen von Fahrzeugen und Gegenständen</p> <p>¹ Die Gemeindepolizei kann im Rahmen des kantonalen Strassenverkehrsgesetzes die Wegschaffung folgender Gegenstände veranlassen:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. vorschriftswidrig oder ohne Kontrollschilder auf öffentlichem Grund abgestellte Fahrzeuge aller Art, wie Motorfahrzeuge, Fahrräder, Anhänger oder Schiffe; b. Gegenstände, die öffentliche Arbeiten oder eine rechtmässige Benützung des öffentlichen Grundes behindern oder gefährden. 	<p>§ 34 Wegschaffen von Fahrzeugen und Gegenständen</p> <p>unverändert</p>
<p>² Wegschaffungen sind zulässig, wenn die Fahrzeughalter oder Besitzer nicht auffindbar sind oder diese den Anweisungen der Polizeiorgane nicht Folge leisten.</p>	<p>unverändert</p>
<p>³ Für die Entfernung und Unterbringung des Fahrzeuges wird eine Aufwandgebühr erhoben. Auslagen für den Beizug Dritter (Abschleppdienst etc.) werden zusätzlich in Rechnung gestellt.</p>	<p>unverändert</p>
<p>⁴ Wird das entfernte Fahrzeug nicht innert Frist abgeholt, kann es verwertet werden und der allfällig resultierende Erlös mit den entstandenen Gebühren und Auslagen verrechnet werden.</p>	<p>⁴ Wird das entfernte Fahrzeug gemäss Abs. 1 Bst. a nicht innert Frist 3 Monaten abgeholt, kann es im Auftrag der Gemeinde abgeschleppt werden und nach 6 Monaten seit der Feststellung verwertet werden. und Der allfällig resultierende Erlös wird mit den entstandenen Gebühren und Auslagen verrechnet.</p>
<p>§ 36 Bewilligungsverfahren</p>	<p>§ 36 Bewilligungsverfahren</p>

<p>¹ Gesuche sind in der Regel sechs Wochen vor der Veranstaltung schriftlich und begründet beim Gemeinderat einzureichen. Ausnahmsweise kann eine Bewilligung auch später erteilt werden.</p>	<p>¹ Gesuche sind in der Regel sechs Wochen vor der Veranstaltung schriftlich und begründet beim Gemeinderat einzureichen. Ausnahmsweise kann eine Bewilligung auch später erteilt werden.</p>
<p>² Bei Nichteinhalten der in Abs. 1 genannten Fristen zur Einreichung eines Bewilligungsgesuchs kann ein Zusatzaufwand erhoben werden.</p>	<p>unverändert</p>
<p>³ Der Gemeinderat kann die Bewilligungskompetenz an eine Verwaltungsstelle delegieren.</p>	<p>unverändert</p>
<p>⁴ Bewilligungen sind in der Regel gebührenpflichtig und können Bedingungen und Auflagen, insbesondere in Bezug auf Route, Zeitpunkt oder Dauer einer Veranstaltung enthalten. Die Gebühren betragen max. CHF 1'000. Die Höhe richtet sich nach dem Verwaltungsaufwand. Der Gemeinderat regelt die Einzelheiten in einer Verordnung. Die Durchführung von Kundgebungen und Versammlungen ist gebührenfrei.</p>	<p>unverändert</p>
<p>⁵ Bieten Veranstalter keine Gewähr für Sicherheit und Ordnung, wird die Bewilligung mittels Verfügung durch den Gemeinderat verweigert. Er entzieht Bewilligungen, wenn die Voraussetzungen für ihre Erteilung nicht mehr gegeben sind oder wenn Bedingungen und Auflagen nicht eingehalten werden.</p>	<p>unverändert</p>